



Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung September 2021

TOP 1

Es kommt zur Wahl des Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt in der 8. Wahlperiode. Die Fraktionen von CDU, SPD und FDP haben einen Wahlvorschlag eingebracht, laut dem Amtsinhaber Dr. Reiner Haseloff (CDU) wieder zum „Landesvater“ gewählt werden soll.

TOP 2

Nach der Wahl des Ministerpräsidenten steht dessen Vereidigung vor den Mitgliedern des Landtags auf der Agenda der zweiten Sitzungsperiode.

TOP 3

Der während des ersten Tagesordnungspunktes (voraussichtlich) gewählte Ministerpräsident stellt dem Parlament die von ihm ernannten Kandidatinnen und Kandidaten für die Ministerämter vor.

TOP 4

Die vom Ministerpräsidenten vorgestellten Kandidatinnen und Kandidaten werden als Ministerinnen und Minister vor den Mitgliedern des Landtags der 8. Wahlperiode vereidigt.

TOP 5

Die Fraktion DIE LINKE hat eine Aktuelle Debatte beantragt, weil sie befindet, dass sich die neue Landesregierung qua Koalitionsvertrag vor den drängenden Problemen der Zeit wegduckt. Sachsen-Anhalt fehle nicht nur eine schlüssige Politik zur schnellen und wirksamen Überwindung der sozialen und wirtschaftlichen Corona-Schäden, auch der klimawandelbedingte Strukturwandel erfordere massive Investitionen; Niedriglohn und prekäre Arbeitsverhältnisse müssten abgeschafft werden, um Kinder- und Altersarmut zu überwinden

TOP 6

Die AfD-Fraktion hat einen Wahlvorschlag für die Wahl eines Vizepräsidenten des Landtags von Sachsen-Anhalt eingebracht. Nachdem deren erster Kandidat während der konstituierenden Sitzung nicht genügend Stimmen auf sich vereinen konnte, schickt die Fraktion nun den Abgeordneten Matthias Lieschke ins Rennen.

TOP 7

Gemäß Kinder- und Jugendhilfegesetz des Landes Sachsen-Anhalt werden die stimmberechtigten und stellvertretenden Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses, soweit sie nicht von der Obersten Landesjugendbehörde zu berufen sind, auf Vorschlag vom Landtag gewählt. Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt hat die Wahlvorschläge in ihrer Sitzung am 10. August 2021 zur Kenntnis genommen, sie sollen wie vorgeschlagen bestätigt werden.

TOP 8

Im Zusammenhang mit dem Transformationsprozess der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen zum Bundesarchiv ist beschlossen worden, diesen Prozess durch ein

Beratungsgremium für die Dauer von fünf Jahren zu begleiten. Die Fraktionen von CDU, SPD und FDP schlagen als Mitglied die Landesbeauftragte für die Aufarbeitung Birgit Neumann-Becker vor.

TOP 9

Auf Empfehlung des Ältestenrats soll es zu einer Änderung der Geschäftsordnung des Landtags kommen.

TOP 10

Ab 1. Oktober 2021 droht nach Auskunft der Fraktion DIE LINKE beim Bahnunternehmen Abellio das Aus. In Sachsen-Anhalt bediene Abellio 50 Prozent des gesamten Nahverkehrs. Es bedürfe jetzt eines Maßnahmenplans, wie der Regionalverkehr im Land gesichert werden könne. Fahrgäste und Beschäftigte bräuchten verlässliche Informationen und Alternativen, so die DIE LINKE.

TOP 11

„Die Erneuerbaren Energien sind ein zentraler Jobmotor für Sachsen-Anhalt“, konstatiert die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Das Land habe eine lange Tradition als Energieland, die mit einem Fokus auf Erneuerbare Energien fortgeführt werden müsse und damit zukunftsfeste Arbeitsplätze schaffe. Die Landesregierung soll die landesweiten Ausbauziele der Erneuerbaren Energien so ausrichten, dass Sachsen-Anhalt bis spätestens 2035 klimaneutral wirtschaften könne. Auch eine verbindliche Solarpflicht für Neubauten und Dachsanierungen soll (auch auf Bundesebene) auf den Weg gebracht werden.

TOP 12

Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass diverse besoldungsrechtliche Vorschriften im Land Berlin mit dem Grundgesetz unvereinbar sind. Der Gesetzgeber des Landes Berlin wurde verpflichtet, mit Wirkung spätestens vom 1. Juli 2021 an verfassungskonforme Regelungen zu treffen. Die Beschlüsse enthalten zwar für Sachsen-Anhalt keine unmittelbare Verpflichtung zur Schaffung von gesetzlichen Neuregelungen im Bereich der Besoldung, doch auch hier sei die Besoldung im Ergebnis nicht amtsangemessen. Es bestehe also Handlungsbedarf, konstatiert die Landesregierung.

TOP 13

Anstelle der bisherigen bei der Norddeutschen Landesbank als teilrechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts errichteten Investitionsbank Sachsen-Anhalt soll eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet werden. Gegenstand der Investitionsbank Sachsen-Anhalt ist weiterhin insbesondere die Unterstützung des Landes bei der Gewährung und der Verwaltung staatlicher Finanzhilfen, vor allem auf den Gebieten Wirtschafts-, Wohnungsbau-, Städtebau- und Infrastrukturförderung.

TOP 14

Die Bundesrepublik Deutschland stehe mit ihrer Beteiligung am Kriegseinsatz in Afghanistan in Verantwortung, befindet die Fraktion DIE LINKE. Die Landesregierung soll daher gegenüber der Bundesregierung und im Bundesrat mit allem Nachdruck darauf hinwirken, dass geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um der dortigen Bevölkerung und früheren deutschen Ortskräften zu helfen. Unter den Maßnahmen befinden sich weitere Evakuierungen und ein unverzüglich aufzulegendes Katastrophenhilfeprogramm.

TOP 15

Die Fraktion DIE LINKE fordert mit einem Antrag, den Schulunterricht in Sachsen-Anhalt auch in Corona-Zeiten abzusichern. Die „Schulen müssen offen und erreichbar und Schüler*innen müssen gesund bleiben“, so die Fraktion. Sie fordert, Luftfilter in allen Schulräumen zu installieren, das Unterrichtsangebot durch mehr Vertretungslehrkräfte zu verbessern und die Schulentwicklungsplanung an den Erfordernissen des Landes auszurichten.

TOP 16

Auf Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll sich der Landtag für die Ansiedlung des Zukunftszentrums für Europäische Transformation und Deutsche Einheit im Land aussprechen und entsprechende Bewerbungen von Kommunen unterstützen. Die Landesregierung soll beauftragt werden, sachsen-anhaltische Bewerbungen ideell und jeweils mit bis zu 50 000 Euro im Bewerbungsprozess finanziell zu unterstützen.